

Erschienen in: Siegfried Schumann/Harald Schoen (Hrsg.), *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 137-155.

Ist Wissen auch an der Wahlurne Macht? Politische Kompetenz und Wahlverhalten

Harald Schoen

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

1. Einleitung

An einem Wahltag stehen alle Bürger formal vor der gleichen Entscheidung, doch heißt dies nicht notwendig, dass alle subjektiv die gleiche Entscheidungssituation vor sich haben. Bereits die klassischen Arbeiten der Michigan-Schule wiesen darauf hin, dass nicht alle Bürger auf die gleiche Weise ihre Wahlentscheidung trafen. So argumentierten sie, dass politisch motivierte Wähler sich in ihrem Entscheidungsverhalten praktisch überhaupt nicht von Formalia des Wahlverfahrens beeinflussen ließen, während sich bei politisch wenig motivierten Personen in Abhängigkeit von der Ausgestaltung des Stimmzettels der Entscheidungsmodus durchaus verändere (vgl. Campbell/Miller 1957; Campbell et al. 1960: 266-289). In die gleiche Richtung argumentierte Converse (1962) mit dem Hinweis, die Wirkung von Wahlkampagnen variere mit der politischen Involvierung der Bürger. Gleichwohl verlor das Argument, die Wählerschaft als Ansammlung von Menschen mit unterschiedlichen politischen Fähigkeiten und Motiven zu betrachten, in der empirischen Wahlforschung zusehends an Einfluss zugunsten der Annahme, das Elektorat sei homogen.

Erst seit etwa 1990 findet die Heterogenitätsannahme wieder mehr Aufmerksamkeit in empirischen Analysen (siehe etwa Rivers 1988). Als besonders einflußreich erweist sich dabei, nicht zuletzt unter dem Einfluss der sozialpsychologischen Forschung (siehe Chaiken/Trope 1999), der Gedanke, das Entscheidungsverhalten variere mit der politischen Kompetenz der Wähler. Demnach legen Menschen, die viele politische Informationen aufnehmen und strukturiert verarbeiten können, andere Entscheidungskriterien bei der Stimmabgabe an als Personen, die dazu weniger in der Lage sind. Im Ergebnis trafen politische ‚Experten‘ und politische ‚Novizen‘ (Schmitt-Beck 2000) unterschiedliche Entscheidungen. Sollte diese Form elektoraler Heterogenität tatsächlich auftreten, wäre die Interpretation von Wahlergebnissen im Sinne *eines* von den Wählern erteilten policy-Auftrags noch skeptischer zu betrachten als ohnehin. Zusätzlich wäre zu fragen, welche Konsequenzen für das Wahlverhalten und die parteipolitische Kräfteverteilung ein Wandel der politischen Kompetenz in der Bevölkerung hätte, wie er von den Verfechtern der These von der kognitiven Mobilisierung in westlichen Demokratien postuliert wird (siehe etwa Dalton 1984, 2000).

Der vorliegende Aufsatz geht der Frage nach, ob in Deutschland die politische Kompetenz der Wähler ihr Entscheidungsverhalten beeinflusst. Zunächst werden mögliche Wirkungen politischer Kompetenz auf die Entscheidungskriterien der Wähler theoretisch diskutiert. Anschließend werden die entwickelten Hypothesen anhand von Daten aus dem Herbst 2003 empirisch überprüft, ehe die wichtigsten Ergebnisse der Analyse kurz zusammengefasst und diskutiert werden.

2. Politische Kompetenz und Wahlverhalten aus theoretischer Sicht

Die Fähigkeit einer Person, politische Informationen aufzunehmen und strukturiert zu verarbeiten, die in diesem Beitrag als politische Kompetenz bezeichnet wird, spielt verstärkt in jüngerer Zeit eine prominente Rolle in politisch-soziologischen Analysen. Obgleich in Bezug auf Konzeptualisierungs- und Operationalisierungsfragen manche Unklarheit herrscht (siehe etwa Luskin 1987, 2002; Zaller 1992: 21; Kuklinski/Quirk 2002), lässt sich der Literatur ein Basiskonsens entnehmen. Demnach handelt es sich bei politischer Kompetenz – wie bei Persönlichkeitseigenschaften im engeren Sinne, die in diesem Band schwerpunktmäßig behandelt werden – um eine relativ stabile Eigenschaft von Menschen, die Konsum und Verarbeitung politischer Informationen steuert. Hier soll der zweite Aspekt genauer betrachtet werden, der sich auf die Fähigkeit bezieht, neu einströmende politische Information mit bereits vorhandenem Wissen zu verknüpfen, in abstraktere Gedankengebäude einzuordnen und ihr damit Sinn zu verleihen (vgl. etwa Sniderman et al. 1991: 164). Im Einklang mit dieser Argumentation konnte gezeigt werden, daß Menschen mit hoher politischer Kompetenz besser als andere in der Lage, in abstrakten politischen Kategorien zu denken und das konkrete politische Alltagsgeschehen mit politischen Ideologien in Verbindung zu bringen (siehe Jacoby 1988, 1991; siehe auch Converse 1964); ebenso besitzen sie relativ stabile politische Einstellungen (siehe Bartle 2000), die zudem vergleichsweise eng miteinander zusammenhängen (siehe etwa Stimson 1975; Bartle 2000).

Diese Charakterisierung lässt es nahe liegend erscheinen, dass sich Menschen mit hoher politischer Kompetenz auch im Wahlverhalten von der übrigen Bevölkerung unterscheiden. Politisch wenig kompetente Bürger können ihre Wahlentscheidung demnach nur auf einfache und unmittelbar auf die zur Wahl stehenden Angebote bezogene Kriterien stützen. Wird beispielsweise eine Entscheidung zwischen Parteien getroffen, dürften bevorzugt in dieser Gruppe Parteiloyalitäten stark zum Tragen kommen. Mit der politischen Kompetenz wächst die Fähigkeit, das politische Alltagsgeschehen mit abstrakteren politischen Konzepten in Verbindung zu bringen, weshalb politisch kompetente fähig sein dürften, bei der Wahlentscheidung auch andere als unmittelbar auf die zur Wahl stehenden Objekte bezogene Kriterien anzulegen und im Ergebnis eine komplexere Entscheidung zu treffen (siehe Sniderman et al. 1991; Pattie/Johnston 2001). Aus dieser Sicht liegt die Vermutung nahe, dass politisch kompetente eine Wahl nicht nur als Referendum über die amtierende Regierung auffassen und daher neben Urteilen über diese, stärker Bewertungen anderer Kandidaten und Parteien bei der Wahlentscheidung berücksichtigen (siehe etwa Sniderman et al. 1991: 172-176; Pattie/Johnston 2001: 378). Ebenso sollten leicht erkennbare persönliche Merkmale von Kandidaten, etwa das Geschlecht, die regionale Herkunft, keine Domäne politisch kompetenter sein (siehe Cutler 2002). Dagegen dürften diese häufiger als andere Bürger taktische Wahlentscheidungen treffen, da dies voraussetzt, dass man nicht nur seine politischen Präferenzen berücksichtigt, sondern daneben auf die wahrgenommenen Wahlaussichten der verschiedenen Angebote achtet (siehe etwa Cox 1997: 37-148; Schoen 2000).

Das vorgestellte Argument soll nun eingehender für fünf Determinanten von Wahlverhalten in Deutschland diskutiert werden: die drei klassischen Komponenten des Ann Arbor Ansatzes, Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen (vgl. Campbell et al. 1954, 1960), sowie wirtschaftspolitische und ideologische Orientierungen. In Deutschland werden Wahlentscheidungen zwischen Parteien getroffen, weshalb die Parteiidentifi-

kation leicht für die Stimmabgabe nutzbar gemacht werden dürfte. Daher ist davon auszugehen, dass der reine Effekt der Parteiidentifikation auf das Wahlverhalten nicht mit der politischen Kompetenz des Wählers zunimmt. Im Gegenteil, man könnte sogar annehmen, dass bevorzugt politisch weniger Kompetente zu diesem Kriterium greifen und als einfach handhabbare Entscheidungsheuristik einsetzen. Dies gilt erst recht, wenn man einer jüngeren Interpretation der Parteiidentifikation als Instrument zur politischen Komplexitätsreduktion folgt. Demnach könnten sich vor allem politisch kompetente Menschen ohne eine Parteiloyalität politisch orientieren und entscheiden, während politisch wenig versierte Personen auf eine Parteibindung zur Orientierung in der alltagsfernen Sphäre der Politik angewiesen seien (vgl. Dalton 1984, 2000).

Hohe politische Kompetenz wurde als Faktor charakterisiert, der das Denken in abstrakten politischen Kategorien, wie sie politische Ideologien und Wertorientierungen darstellen (siehe zur Terminologie etwa Jagodzinski/Kühnel 1997: 449-450), begünstigt. Daher sollten politisch kompetente Menschen dank ihrem kontextuellen Wissen generell besonders gut in der Lage sein, ideologische Orientierungen für konkretes Entscheidungsverhalten nutzbar zu machen (siehe Kuklinski et al. 1982; Sniderman et al. 1991: 176; Jacoby 2004; ähnlich Sniderman et al. 1984; Jacoby 1988; 1991). Jedoch muß man für die Bundesrepublik nicht zwingend einen positiven Effekt politischer Kompetenz auf den Einfluß ideologischer Orientierungen erwarten. Denn in Deutschland wird der Parteienwettbewerb nicht zuletzt um und mit den politischen Richtungsbegriffen ‚links‘ und ‚rechts‘ geführt. Daher könnten hier Positionen auf der Links-Rechts-Dimension als effektive Heuristik zur politischen Komplexitätsreduktion gelten, der sich gerade Menschen mit geringen politischer Kompetenz bedienen könnten.

Kandidatenorientierungen werden häufig als Kriterien betrachtet, die vor allem von Menschen mit geringer politischer Kompetenz als Entscheidungsgrundlage genutzt werden können. Implizit wird dabei häufig davon ausgegangen, die Bürger nutzten die Maßstäbe zur Bewertung anderer Menschen im Alltag, um zu einem Urteil über Spitzenpolitiker zu gelangen, da sie auf diese Weise eine intensivere Beschäftigung mit politischen Inhalten umgehen könnten. Da Kandidatenbewertungen nicht ausschließlich auf ‚unpolitischen‘ Urteilen beruhen (siehe Brettschneider 2002: 154-205), erscheint diese Erwartung jedoch nicht zwingend, wenn man Kandidatenorientierungen insgesamt untersucht. Betrachtet man die Frage vor dem Hintergrund der Tatsache, daß in der Bundesrepublik Wahlentscheidungen zwischen Parteien gefällt werden, könnte man auf den ersten Blick sogar vermuten, dass es schwierig sei, zwischen kandidatenbezogenen Einstellungen und dem Wahlverhalten einen Zusammenhang herzustellen, und daher einen positiven Effekt politischer Kompetenz auf den Kandidateneinfluss erwarten. Allerdings darf man dabei nicht übersehen, daß in Deutschland Spitzenpolitiker vorwiegend als Exponenten ihrer Parteien auftreten, so daß ein enger Bezug zwischen Partei und Kandidat hergestellt ist. Die politisch-kommunikativen Bedingungen könnten daher dafür sorgen, dass keine positive Wirkung politischer Kompetenz auf den Kandidateneffekt empirisch nachgewiesen werden kann.

Im Vergleich zu *candidate voting* gilt sachfragenorientiertes Wahlverhalten in der empirischen Wahlforschung weithin als politisch aufgeklärtes Stimmverhalten. Gleichwohl spricht die Forschung nicht einhellig für eine positive Wirkung politischer Kompetenz auf den Grad an *issue voting*. Zwar interpretieren einige Autoren ihre empirischen Befunde in diesem Sinne, doch überzeugen diese nur bedingt als hieb- und stichfeste Belege für diese These, da die Analyse inferenzstatistische Fragen außer acht lassen (siehe Sniderman et al.

1991: 172-176) oder die Operationalisierungen eher ideologische Orientierungen als Einstellungen zu konkreten Sachfragen abbilden (siehe Goren 1997; siehe auch McDonald et al. 1995). Ein anderer Forschungszweig sieht konkrete Sachfragenorientierungen dagegen als relativ einfach zu nutzendes Entscheidungskriterium an, da Parteien und Kandidaten in Wahlkämpfen häufig konkrete Sachpositionen beziehen, so dass es auch für politisch weniger kompetente Wähler möglich sei, anhand darauf bezogener Einstellungen ihr Votum abzugeben (vgl. Pattie/Johnston 2001). Folgt man dieser Argumentation, die im Einklang mit der obigen Charakterisierung der Wirkung politischer Kompetenz auf die individuelle Informationsverarbeitung steht, erscheint es sinnvoll, für verschiedene Sachfragen unterschiedliche Wirkungen politischer Kompetenz auf die Einflussgewichte zu erwarten. Einstellungen zu Positionssachfragen, die von den Parteien im Wahlkampf stark thematisiert werden, sollten nicht vordringlich von politisch kompetenten Bürgern als Entscheidungskriterium genutzt werden. Für Einstellungen, die sich auf Streitfragen beziehen, die nicht aktuell diskutiert werden, ist dagegen damit zu rechnen, dass vor allem Menschen mit hoher politischer Kompetenz auf das Wahlverhalten beziehen können. Für Kompetenzzuweisungen schließlich, die traditionell als Indikatoren für Valenzissues dienen, ist anzunehmen, dass sie nicht bevorzugt von politisch kompetenten Bürgern als Entscheidungskriterium genutzt werden, da sie per definitionem einen unmittelbaren Parteienbezug enthalten, den ein Bürger von einem Standpunkt zu einer Positionssachfrage erst herstellen muss.

Eine spezielle Form sachfragenorientierten Stimmverhaltens liegt vor, wenn ökonomische Urteile für die Wahlentscheidung genutzt werden. Traditionell gilt an der eigenen wirtschaftlichen Lage orientiertes *pocketbook voting* als Domäne politisch wenig kompetenter Menschen, während an der gesamtwirtschaftlichen Lage orientiertes, sogenanntes soziotropisches Wahlverhalten eher Menschen mit hoher politischer Kompetenz zugetraut wird (siehe etwa Fiorina 1981: 5). Vor dem Hintergrund der vorgestellten Argumentation scheint diese Zuordnung jedoch zweifelhaft. Denn fragt man, ob die bei einer nationalen Wahl präsentierten Objekte, also Kandidaten oder Parteien, leichter mit der nationalen oder der individuellen Lage in Verbindung gebracht werden kann, liegt ersteres deutlich näher als letzteres. Folglich dürfte die eigene wirtschaftliche Lage – anders als soziotropische Überlegungen – bevorzugt von politisch kompetenten Personen als Grundlage für ihre Wahlentscheidung genutzt werden (vgl. etwa Gomez/Wilson 2001). Relativierend ist auch hier darauf hinzuweisen, dass politische Kampagnen den Wählern die Assoziation zwischen der eigenen wirtschaftlichen Lage und dem Wahlverhalten erleichtern und daher die Wirkung politischer Kompetenz beeinflussen können.

Auf der Basis der vorliegenden Literatur kann damit erwartet werden, dass politisch kompetente Wähler bei der Stimmabgabe eine komplexere Entscheidung treffen als weniger kompetente Bürger. Zu den Kriterien, die einfach und daher auch und gerade von weniger kompetenten Wähler angewandt werden können, gehören nach der vorgestellten Argumentation Parteibindungen, Kompetenzzuweisungen, Urteile über die gesamtwirtschaftliche Lage sowie Einstellungen zu aktuell intensiv diskutierten Positionssissues. Zu ideologischen Positionen und Kandidatenorientierungen wurden ambivalente Erwartungen formuliert. Dagegen sollten Attitüden zu nicht aktuell diskutierten Positionssachfragen und auf die individuelle wirtschaftliche Lage bezogene Urteile verstärkt von politisch kompetenten Bürgern als Entscheidungsgrundlage genutzt werden.

3. Daten und Operationalisierungen

Die vorgestellten Hypothesen werden anhand der Daten empirisch überprüft, die im Rahmen des in Kapitel 1 dargestellten Projekts erhoben wurden. Die zentrale Variable, politische Kompetenz, wird mit Hilfe eines Wissensindex, der sich aus elf politischen Faktenfragen zusammensetzt, gemessen (siehe etwa Zaller 1992: 21-22; Schmitt-Beck 2000: 419-421; kritisch dazu Mondak 1999). Diese Fragen – zum Gewicht von Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl, der Zahl der Bundesländer und der Parteizugehörigkeit von neun Politikern – decken nur einen Teil des Gegenstandsbereichs ‚Politik‘ ab. Da politische Kompetenz jedoch eindimensional organisiert zu sein scheint (vgl. Zaller 1992: 336; Bartle 2000: 473), dürfte die Operationalisierung die politische Kompetenz angemessen erfassen.¹

Die Wahlabsicht wird mit der Sonntagsfrage abgebildet. Um die Analyse überschaubar zu halten, wird sie mit einer trichotomen Variable abgebildet: Wahlabsicht zugunsten von SPD oder Bündnis 90/Die Grünen, Wahlabsicht zugunsten von CDU/CSU oder FDP sowie Wahlabsicht für eine andere Partei; unentschlossene und wahlunwillige Respondenten werden von der Analyse ausgeschlossen. Die Parteiidentifikation wird mit dem in Deutschland etablierten Instrument erfasst und mit Dummy-Variablen für Anhänger von SPD und Grünen sowie Anhänger von CDU/CSU und FDP abgebildet. Ideologische Orientierungen werden mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Befragten einbezogen. Daneben werden die Einschätzung der individuellen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage als potentielle Einflussgrößen betrachtet, wobei als gesamtwirtschaftliches Urteil für West- und Ostdeutsche ihre Bewertung der Lage im jeweiligen Landesteil verwendet wird. Die Kandidatenorientierungen werden mit Hilfe eines Vergleichs der Sympathie für Gerhard Schröder und die Oppositionsführerin Angela Merkel erfasst. Sachfragenorientierungen werden zum einen mit Hilfe einer Frage nach der Partei, die nach Ansicht des Befragten am besten geeignet sei, das aus seiner Sicht wichtigste Problem in der Bundesrepublik zu lösen, erhoben. Aus den Antworten werden wiederum zwei Dummy-Variablen gebildet, wobei eine den Wert 1 für Personen annimmt, die diese Kompetenz SPD oder Grünen zuschreiben, und die andere nimmt den Wert 1 an, wenn ein Befragter CDU/CSU oder FDP als kompetent bezeichnet. Daneben werden Attitüden zu Positionssachfragen verwendet, und zwar zur Ausländerpolitik, der Kernenergie und der Wirtschaftspolitik. Die letzte Frage bezieht sich auf ein Thema, das während des Erhebungszeitraums im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stand, weshalb die politische Kompetenz ohne Effekt bleiben sollte; eine positive Wirkung ist dagegen auf den Einfluss der beiden anderen Themen zu erwarten, da hierzu die Parteien zwar unterschiedliche Positionen – meist verlaufen die Konflikte entlang der Demarkationslinie zwischen Regierungs- und bürgerlichen Oppositionsparteien – vertreten, diese aber im Herbst 2003 nicht im Mittelpunkt der politischen Diskussion standen (siehe für Details der Operationalisierung den Anhang). Die unabhängigen Variablen wurden z-standardisiert.

¹ Verwendet man einen Wissensindex, der nur einige, aber nicht alle auf Spitzenpolitiker bezogene Items enthält, resultieren Befunde, die mit den hier berichteten Ergebnissen weitestgehend übereinstimmen.

4. Empirische Analyse

Politische Kompetenz wurde als langfristig stabiles Merkmal von Personen gekennzeichnet, womit sie als Persönlichkeitseigenschaft im Sinne des Eigenschaftsparadigmas der Persönlichkeitspsychologie gelten kann. Empirisch bestehen, wie Tabelle 1 zeigt, zwischen politischer Informiertheit und den als Big Five bezeichneten Persönlichkeitsmerkmalen durchaus beträchtliche Zusammenhänge (siehe zu den Konzepten und Operationalisierungen Lang/Lüdtke in diesem Band). Nur sehr schwach positiv korrelieren Verträglichkeit und politische Informiertheit. Deutlicher positiv sind die Zusammenhänge mit Extraversion und Offenheit für Erfahrung, was nicht erstaunt, da Offenheit für Neues die Aufnahme von Informationen begünstigt. Ebenso wenig erstaunt die noch stärker positive Korrelation politischer Kompetenz mit Gewissenhaftigkeit, da letztere dafür prädestiniert, Dinge genau zu verfolgen und akribisch Informationen zusammenzutragen. Gerade umgekehrt hängt Neurotizismus negativ mit politischer Informiertheit zusammen; das lässt sich wohl nicht zuletzt mit der Irritierbarkeit und der Unsicherheit erklären, die innerhalb des Neurotizismus-Konstrukts eine wichtige Rolle spielen. Auch wenn an dieser Stelle keine Kausalzusammenhänge untersucht werden können, lassen sich zumindest deutliche empirische Anhaltspunkte für den Zusammenhang politischer Kompetenz mit klassischen Persönlichkeitsfaktoren finden.

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen politischer Kompetenz und den Big Five (Pearsons r)

	Verträglich- keit	Extraversion	Offenheit für Erfahrung	Gewissen- haftigkeit	Neurotizismus
Kompetenz	.07***	.11***	.15***	.21***	-.23***
N	2495	2495	2495	2496	2496

Signifikanzniveaus: *: $p < 0.05$; **: $p < 0.01$; ***: $p < 0.001$.

Im nächsten Schritt der empirischen Analyse wird die Moderatorwirkung politischer Kompetenz analysiert. Dazu wird für die angeführten Determinanten des Wahlverhaltens zunächst bi- und anschließend multivariat untersucht, inwieweit die politische Kompetenz der Bürger ihren Stimmverhaltenseffekt moderiert. Um die moderierende Wirkung der verschiedenen Operationalisierungen politischer Kompetenz zu untersuchen, werden Interaktionsterme gebildet, indem die politische Kompetenz und die jeweilige substantielle Variable multipliziert werden (siehe Jaccard 2001). Wird einem solchen multiplikativen Term in der empirischen Analyse ein statistisch signifikanter Koeffizient zugewiesen, der in die gleiche Richtung weist wie der Haupteffekt der entsprechenden Prädiktorvariable, begünstigt politische Kompetenz den Effekt; im Falle eines entgegengesetzten Koeffizienten ist dagegen von einer schwächenden Wirkung politischer Kompetenz zu sprechen.

Die Erwartungen an die moderierende Wirkung politischer Kompetenz auf den Einfluss von Urteilen zur wirtschaftlichen Situation werden von der empirischen Evidenz enttäuscht (siehe Tabelle 2): Weder die traditionelle Sichtweise, die *pocketbook voting* als Domäne politisch wenig kompetenter Wähler ansieht, noch die entgegengesetzte Hypothese werden von den empirischen Befunden unterstützt; im übrigen weisen die niedrigen Devianzreduktionswerte darauf hin, dass offenbar ein erheblicher Teil der Bürger keine zwischenparteilichen Unterschiede in den ökonomischen Qualitäten erkannte und daher nicht *economic voting* praktizieren konnte. Zur Erklärung der unerwarteten Ergebnisse ist darauf

hinzuweisen, dass zur Zeit der Erhebung die gesamt- wie die einzelwirtschaftliche Lage in der politischen Diskussion als wichtige Themenfelder diskutiert wurden, was Kompetenzeffekte abgeschwächt haben könnte.²

Tabelle 2: Wahlverhaltenseffekte wirtschaftlicher Wahrnehmungen in Abhängigkeit von politischer Kompetenz (unstand. Logitkoeffizienten, multinomiale Logitanalyse)

	SPD-Grüne vs. CDU/CSU-FDP	SPD-Grüne vs. andere	CDU/CSU-FDP vs. andere
Konstante	-.16* (.08)	2.49*** (.18)	2.66*** (.18)
Gesamtwirtschaftliche Lage	.24** (.08)	.82*** (.16)	.58*** (.16)
Persönliche wirtschaftliche Lage	-.27** (.08)	.52** (.16)	.78*** (.16)
Politische Kompetenz	.10 (.08)	.08 (.20)	-.02 (.19)
Gesamtwirt. Lage x Kompetenz	-.08 (.09)	.03 (.15)	.12 (.15)
Pers. wirt. Lage x Kompetenz	-.03 (.09)	.03 (.18)	.06 (.18)
-2 LL	926.0		
KPR ² ohne Interaktion	3.7		
Korr. Pseudo-R ²	3.4		
N	1082		

Signifikanzniveaus: *: p<0.05; **: p<0.01; ***: p<0.001. In Klammern: Standardfehler

Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, verwenden die Wähler ihren Standort auf der Links-Rechts-Dimension durchaus, wenn sie eine Entscheidung zwischen den Parteien treffen: je weiter rechts sich jemand einstuft, desto wahrscheinlicher entscheidet er sich für CDU/CSU oder FDP. Die empirische Evidenz zeigt aber auch, daß nicht alle Bürger im gleichen Maße auf dieses Kriterium zurückgreifen: mit der politischen Kompetenz der Wähler wächst der Effekt der ideologischen Orientierung auf das Stimmverhalten. Obgleich die Worte ‚links‘ und ‚rechts‘ aus dem bundesdeutschen Parteienwettbewerb nicht wegzudenken sind und man die Links-Rechts-Dimension daher als Entscheidungsheuristik für Menschen mit geringen politischen Kenntnissen auffassen könnte, sind es also bevorzugt politisch versierte Personen, die sich dieses Instruments bedienen, wenn sie zu einer Wahlentscheidung gelangen.

² Die wirtschaftlichen Urteile wurden nur in der schriftlichen Zusatzbefragung erhoben, an der nicht alle Mitglieder der Gesamtstichprobe teilnahmen, so daß wegen der nicht rein zufälligen Panelfälle die diesbezüglichen Ergebnisse nicht ohne weiteres auf die Gesamtstichprobe übertragbar sind. Da aber in Validierungsanalysen für die übrigen Einflußgrößen keine substantiellen Unterschiede zwischen Gesamtstichprobe und schriftlich Befragten resultierten, sollten auch die Befunde zu den Wirtschaftsurteilen auf die Gesamtstichprobe übertragen werden können.

Tabelle 3: Wahlverhaltenseffekte der Links-Rechts-Selbsteinstufung in Abhängigkeit von politischer Kompetenz (unstand. Logitkoeffizienten, multinomiale Logitanalyse)

	SPD-Grüne vs. CDU/CSU-FDP	SPD-Grüne vs. andere	CDU/CSU-FDP vs. andere
Konstante	-.17* (.07)	1.83*** (.14)	2.00*** (.13)
Links-Rechts	-1.49*** (.11)	-.11 (.16)	1.38*** (.19)
Politische Kompetenz	.12 (.07)	.04 (.13)	-.08 (.12)
Links-Rechts x Kompe- tenz	-.31** (.10)	.09 (.18)	.41* (.19)
-2 LL	1681.30		
KPR ² ohne Interaktion	20.2		
Korr. Pseudo-R ²	20.6		
N	1901		

Signifikanzniveaus: *: p<0.05; **: p<0.01; ***: p<0.001. In Klammern: Standardfehler

Die Parteiidentifikation wurde als einfaches Entscheidungskriterium bezeichnet, da in der Bundesrepublik zwischen Parteien zu wählen ist. Vor diesem Hintergrund erstaunen die empirischen Befunde auf den ersten Blick. Denn in zwei Fällen steigert politische Kompetenz den Parteibindungseffekt auf die Wahlentscheidung (siehe Tabelle 4). Bei der Interpretation der Befunde ist jedoch zu berücksichtigen, dass nicht der partielle, sondern der gesamte Parteibindungseffekt gemessen wird, so dass neben den direkten auch indirekte, d.h. über andere Einstellungen vermittelte Effekte der Parteiidentifikation erfasst werden. Wenn diese Attitüden – wie oben in Bezug auf manche Issueorientierungen diskutiert – schwierig mit dem Wahlverhalten in Verbindung gebracht werden können, erscheint es durchaus plausibel, wenn der Gesamteffekt der Parteiidentifikation mit der politischen Kompetenz anwächst. Daher sind die festgestellten positiven Effekte politischer Kompetenz durchaus mit den vorgestellten Argumenten vereinbar – zumindest dann, wenn in der multivariaten Analyse, also unter Kontrolle der vermittelnden Variablen, keine positiven Kompetenzeffekte mehr nachgewiesen werden können.

Tabelle 4: Wahlverhaltenseffekte von Parteibindungen in Abhängigkeit von politischer Kompetenz (unstandardisierte Logitkoeffizienten, multinomiale Logitanalyse)

	SPD-Grüne vs. CDU/CSU-FDP	SPD-Grüne vs. andere	CDU/CSU-FDP vs. andere
Konstante	-.43** (.13)	2.16*** (.25)	2.59 (.23)
Parteibindung (SPD-Grüne)	1.53*** (.11)	2.50*** (.27)	.96*** (.28)
Parteibindung (CDU/CSU-FDP)	-1.67*** (.17)	.23 (.27)	1.90*** (.21)
Politische Kompetenz	.12 (.15)	-.01 (.29)	-.13 (.26)
PID (SPD-Grüne) x Kompetenz	.22* (.09)	.01 (.36)	-.21 (.37)
PID (CDU/CSU-FDP) x Kompetenz	-.03 (.22)	.41 (.25)	.44** (.13)
-2 LL	1701.98		
KPR ² ohne Interaktion	53.7		
Korr. Pseudo-R ²	53.8		
N	1927		

Signifikanzniveaus: *: p<0.05; **: p<0.01; ***: p<0.001. In Klammern: Standardfehler

Tabelle 5: Wahlverhaltenseffekte von Kandidatenorientierungen in Abhängigkeit von politischer Kompetenz (unstand. Logitkoeffizienten, multinomiale Logitanalyse)

	SPD-Grüne vs. CDU/CSU-FDP	SPD-Grüne vs. andere	CDU/CSU-FDP vs. andere
Konstante	-.34*** (.07)	1.43*** (.12)	1.77*** (.12)
Kandidatendifferential	2.33*** (.13)	1.18*** (.16)	-1.15*** (.16)
Politische Kompetenz	-.03 (.07)	-.22 (.12)	-.19 (.12)
Kandidatendifferential x Kompetenz	.64*** (.11)	.01 (.12)	-.63*** (.12)
-2 LL	1695.9		
KPR ² ohne Interaktion	31.8		
Korr. Pseudo-R ²	33.1		
N	1921		

Signifikanzniveaus: *: p<0.05; **: p<0.01; ***: p<0.001. In Klammern: Standardfehler

Kandidatenorientierungen beeinflussen die Wahlabsicht im Herbst 2003 erheblich, wobei die Präferenz für Gerhard Schröder oder Angela Merkel plausiblerweise auf die Entscheidung zwischen SPD und Grünen einerseits sowie CDU/CSU und FDP andererseits besonders stark wirkt (siehe Tabelle 5). Wie die empirische Evidenz zeigt, unterscheiden sich die Wähler aber durchaus im Grad, in dem sie sich dieses Kriteriums bedienen: In zwei von drei Fällen orientieren sich bevorzugt politische Kompetente an ihren Einstellungen zu den Spitzenpolitikern, wenn sie sich zwischen den Parteien entscheiden. Die bivariate Betrachtung

tung spricht daher gegen die verbreitete Ansicht, kandidatenbezogene Einstellungen würden vor allem von politisch wenig versierten Bürgern genutzt, um einfach zu einer Wahlentscheidung zu gelangen.

Sachfragenorientiertes Wahlverhalten gilt im Anschluss an eine einflussreiche Tradition in der empirischen Wahlforschung als Ausweis politischer Aufgeklärtheit, weshalb man Issue-Einstellungen vor allem bei politisch versierten Bürgern als einflussreiche Wahlverhaltensdeterminante vermuten könnte. In Abschnitt 2 wurde eine im Vergleich zu dieser These differenziertere Argumentation vorgelegt. Danach sind Kompetenzzuweisungen einfach mit Wahlverhalten zu verknüpfen, während Positionen zu politischen Streitfragen wegen der erforderlichen kognitiven Leistungen eher schwierig auf die Wahlentscheidung bezogen werden können, es sei denn, es handelt sich um aktuell thematisierte Fragen.

Mit diesen Erwartungen lässt sich die empirische Evidenz in diesem Analyseschritt nur bedingt in Einklang bringen. Denn die Wirkung der Kompetenzzuschreibungen interagiert durchaus mit der politischen Versiertheit der Wähler, aber nicht in der vermuteten Weise. Der positive Effekt auf den Einfluss der Kompetenzzuschreibung an die bürgerlichen Oppositionsparteien auf die Wahl der rot-grünen Regierungsparteien ließe sich noch mit der vorgestellten Überlegung vereinbaren, wenn man sich vor Augen führe, dass es um eine Einstellung geht, die sich nicht unmittelbar auf die zur Wahl stehenden Objekte bezieht (siehe Tabelle 6). Dieses Argument verliert jedoch seine Überzeugungskraft, sobald man den entsprechenden Effekt bei der Entscheidung zwischen CDU/CSU und FDP einerseits und den ‚sonstigen‘ Parteien andererseits betrachtet. Allerdings sollte man die vorgestellte Argumentation nicht sofort verwerfen, da hier Gesamteffekte gemessen werden und diese auch Einflüsse enthalten können, die nicht genuin auf die Zuweisung von Lösungskompetenz zurückzuführen sind; es bleibt also abzuwarten, ob sich die Befunde in der multivariaten Analyse in der erwarteten Weise ändern werden.

Tabelle 6: Wahlverhaltenseffekte von Kompetenzzuweisungen in Abhängigkeit von politischer Kompetenz (unstand. Logitkoeffizienten, multinomiale Logitanalyse)

	SPD-Grüne vs. CDU/CSU-FDP	SPD-Grüne vs. andere	CDU/CSU-FDP vs. andere
Konstante	-.17 (.10)	1.92*** (.17)	2.09*** (.17)
Lösungskompetenz (SPD-Grüne)	1.32*** (.13)	1.52*** (.17)	.21 (.21)
Lösungskompetenz (CDU/CSU-FDP)	-1.67*** (.10)	.10 (.21)	1.77*** (.19)
Politische Kompetenz	.21 (.11)	.21 (.15)	-.00 (.14)
Lösung (SPD-Grüne) x Kompetenz	-.01 (.11)	-.01 (.19)	-.00 (.21)
Lösung (CDU/CSU-FDP) x Kompetenz	.04 (.13)	.34* (.16)	.30** (.11)
-2 LL	1697.4		
KPR ² ohne Interaktion	44.4		
Pseudo-R ²	44.3		
N	1921		

Signifikanzniveaus: *: p<0.05; **: p<0.01; ***: p<0.001. In Klammern: Standardfehler

Verglichen mit Kompetenzzuweisungen, spielen Einstellungen zu Positionssachfragen – gemessen an der Devianzreduktion – eine deutlich nachrangige Rolle bei der Erklärung von Wahlverhalten (siehe Tabelle 7), was mit vorliegenden Befunden übereinstimmt (vgl. etwa Roller 1998). Zugleich stehen die Befunde durchaus im Einklang mit den theoretischen Vermutungen. Denn in Bezug auf die Einstellungen zur Wirtschaftspolitik entfaltet die politische Kompetenz keine moderierende Wirkung, was nicht erstaunt, da es sich um ein Thema handelt, das zum Zeitpunkt der Erhebung die politische Auseinandersetzung beherrschte; allerdings könnte das empirische Muster auch damit zusammenhängen, dass viele Bürger unter dem Eindruck der rot-grünen ‚Agenda 2010‘, die nicht unbedingt klassische Positionen von SPD und Grünen formuliert, keine großen wirtschaftspolitischen Unterschiede zwischen den zur Wahl stehenden Parteiengruppen erkannten, was sich jedoch mit den vorliegenden Daten nicht empirisch prüfen lässt. Ebenfalls hypothesenkonform, wächst das Gewicht der Einstellungen zur Atompolitik und ansatzweise zur Ausländerpolitik³, und damit zu zwei zum Zeitpunkt der Erhebung in der politischen Debatte nicht herausragenden Themen, mit der Kompetenz der Wähler statistisch signifikant an.

Tabelle 7: Wahlverhaltenseffekte von Einstellungen zu Positionssachfragen in Abhängigkeit von politischer Kompetenz (unstand. Logitkoeffizienten, multinomiale Logitanalyse)

	SPD-Grüne vs. CDU/CSU-FDP	SPD-Grüne vs. andere	CDU/CSU-FDP vs. andere
Konstante	-.19** (.06)	1.84*** (.12)	2.03*** (.12)
Wirtschaftspolitik	-.25*** (.06)	.33** (.12)	.58*** (.12)
Kernkraftwerke	.50*** (.07)	.19 (.12)	-.31** (.11)
Ausländerzuzug	-.49*** (.06)	-.41** (.12)	.07 (.13)
Politische Kompetenz	.13* (.07)	-.08 (.14)	-.21 (.14)
Wirtschaftspolitik x Kompe- tenz	.01 (.06)	.12 (.13)	.11 (.13)
Kernkraftwerke x Kompetenz	.22** (.07)	.19 (.11)	-.03 (.11)
Ausländerzuzug x Kompe- tenz	-.12 (.06)	.08 (.14)	.20 (.14)
-2 LL	1693.9		
KPR ² ohne Interaktion	8.7		
Korr. Pseudo-R ²	9.0		
N	1916		

Signifikanzniveaus: *: p<0.05; **: p<0.01; ***: p<0.001. In Klammern: Standardfehler

Die bislang vorgestellten Analysen konnten ersten Aufschluss über die Wirkung politischer Kompetenz auf die Gewichtung von Determinanten der Wahlabsicht geben, mussten aber

³ Bei separater Analyse der Attitüden zur Ausländerpolitik tritt ein statistisch signifikanter Interaktionseffekt auf.

einige Fragen ungeklärt lassen, die nur eine simultane Betrachtung der verschiedenen Einflussgrößen beantworten kann. Sie folgt nun, wobei die ökonomischen Bewertungen nicht berücksichtigt werden, da sie nur in der Zusatzbefragung erhoben wurde, an der nicht alle Respondenten teilnahmen.

Dem Gesamtmodell gelingt eine außerordentlich gute Erklärung der Wahlabsicht (siehe Tabelle 8), doch tragen die Interaktionseffekte, denen das Hauptaugenmerk gilt, dazu nur wenig bei. Im Unterschied zur bivariaten Betrachtung steigert die politische Kompetenz nun nicht mehr den Effekt der Links-Rechts-Orientierung. Während also das Wahlverhalten insgesamt bei wachsender politischer Kompetenz an ideologischer Strukturierung gewinnt, wächst der direkte Effekt ideologischer Orientierungen auf das Wahlverhalten nicht an. Bei der Parteiidentifikation können die beiden bivariat gemessenen – und prima facie kontraintuitiven – positiven Interaktionseffekte nun, da von der Parteibindung kolorierte kurzfristige Wahlabsichtsdeterminanten kontrolliert werden, nicht mehr nachgewiesen werden; das spricht für das Argument, dass die oben berichteten Interaktionseffekte vor allem auf indirekte Parteibindungseffekte zurückzuführen sind und die Parteibindung an sich ein einfaches Entscheidungskriterium darstellt. Dieser Interpretation scheint allerdings der Befund zu widersprechen, dass nun politisch kompetente Bürger die Identifikation mit CDU/CSU oder FDP stärker als Kriterium bei der Entscheidung zwischen der rot-grünen Regierung und den sonstigen Parteien nutzen; da in diesem Fall jedoch Wahl- und Identifikationspartei nicht identisch sind, kann man es als eine durchaus anspruchsvolle Aufgabe betrachten, zwischen beiden eine Verknüpfung herzustellen, und die empirische Evidenz mit dem vorgestellten Argument in Einklang bringen. Bei der Kandidatenorientierung sind nun keine signifikanten Interaktionen nachzuweisen, was dafür spricht, dass die bivariaten Befunde zum Teil auf indirekten Effekten beruhen. Aber auch die multivariaten Befunde sprechen eindeutig dagegen, *candidate voting* als eine Domäne politisch wenig kompetenter Menschen zu betrachten.

Bei den Sachfragenorientierungen lassen sich ebenfalls theoriekonforme Muster erkennen. Bei der Problemlösungskompetenz verschwinden in der multivariaten Analyse die kontraintuitiven Effekte; in einem Fall sinkt ihre wahlbezogene Wirkung sogar mit der politischen Kompetenz, was im Einklang mit der Charakterisierung von Kompetenzzuweisungen als einfache Kriterien steht. Für die Positionssachfragen sind schließlich hypothesenkonforme Muster zu entdecken, da der Effekt der Einstellungen zur Ausländerpolitik und zur Atompolitik mit der politischen Versiertheit der Befragten in statistisch signifikantem Umfang anwächst, während die wirtschaftspolitische Orientierung unabhängig von den kognitiven Fähigkeiten der Bürger als Entscheidungskriterium dient.

Alles in allem spricht die empirische Evidenz dafür, dass die politische Kompetenz durchaus einen Einfluss darauf hat, welche Kriterien Bürger bei der Wahlentscheidung anlegen. Wenngleich man das Ausmaß der Kompetenzeffekte nicht überschätzen darf, scheinen weniger kompetente Menschen vergleichsweise großes Augenmerk auf Kriterien zu legen, die sich unmittelbar auf die zur Wahl stehenden Objekte und aktuell diskutierte Themen beziehen. Politisch kompetente Personen treffen eine tendenziell andere, vor allem komplexere Entscheidung, indem sie abstraktere Gesichtspunkte stärker ins Gewicht fallen lassen.

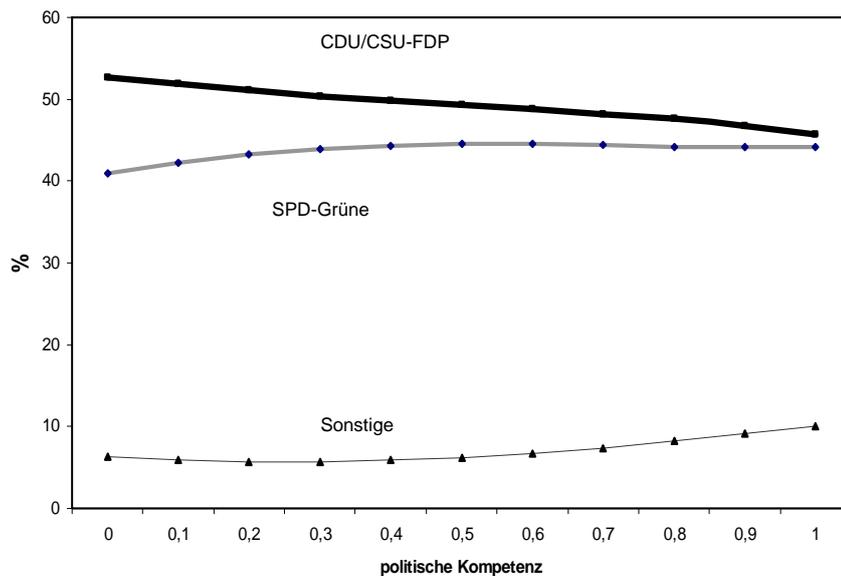
Tabelle 8: Wahlverhaltenseffekte politischer Einstellungen in Abhängigkeit von politischer Kompetenz (unstand. Logitkoeffizienten, multinomiale Logitanalyse)

	SPD-Grüne vs. CDU/CSU-FDP	SPD-Grüne vs. andere	CDU/CSU-FDP vs. andere
Konstante	-.50** (.17)	2.15*** (.31)	2.65*** (.31)
Links-Rechts- Selbsteinstufung	-.27* (.13)	.31 (.17)	.58** (.18)
Parteibindung (SPD-Grüne)	1.29*** (.16)	2.29*** (.27)	1.00** (.31)
Parteibindung (CDU/CSU- FDP)	-1.22*** (.19)	.18 (.28)	1.40*** (.23)
Kandidatendifferential	1.27*** (.19)	.78*** (.22)	-.49* (.21)
Lösungskompetenz (SPD- Grüne)	1.00*** (.17)	1.42*** (.22)	.42 (.24)
Lösungskompetenz (CDU/CSU-FDP)	-1.21*** (.15)	.11 (.24)	1.32*** (.22)
Wirtschaftspolitik	-.15 (.13)	.29* (.14)	.44** (.15)
Kernkraftwerke	.07 (.14)	.02 (.16)	-.05 (.17)
Ausländerzuzug	-.20 (.14)	-.23 (.17)	-.03 (.16)
Politische Kompetenz	.18 (.17)	-.05 (.35)	-.23 (.33)
Links-Rechts x Kompetenz	-.13 (.13)	-.17 (.18)	-.04 (.17)
PID (SPD-Grüne) x Kompe- tenz	.28 (.16)	.02 (.40)	-.26 (.42)
PID (CDU/CSU) x Kompe- tenz	.46 (.24)	.65* (.28)	.19 (.20)
Kandidatendifferential x Kompetenz	.20 (.23)	-.19 (.22)	-.39 (.22)
Lösung (SPD-Grüne) x Kompetenz	-.46* (.19)	-.27 (.23)	.19 (.22)
Lösung (CDU/CSU-FDP) x Kompetenz	.20 (.17)	.21 (.19)	.01 (.12)
Wirtschaftspolitik x Kompe- tenz	-.01 (.11)	-.03 (.14)	-.02 (.13)
Kernkraftwerke x Kompetenz	.30* (.14)	.43** (.17)	.13 (.17)
Ausländerzuzug x Kompe- tenz	-.14 (.14)	.19 (.18)	.32* (.16)
-2 LL	1663.1		
KPR ² ohne Interaktion	70.2		
Korr. Pseudo-R ²	70.2		
N	1879		

Signifikanzniveaus: *: p<0.05; **: p<0.01; ***: p<0.001. In Klammern: Standardfehler.

Nachdem Wirkungen politischer Kompetenz auf die Kriterien der Wahlentscheidung nachgewiesen wurden, bleibt zu fragen, ob die politische Kompetenz auch die Richtung der Wahlentscheidung und damit das Wahlergebnis selbst beeinflusst. Um dies zu prüfen, werden Simulationsrechnungen durchgeführt, in denen hypothetische Stimmenanteile der betrachteten Parteigruppen für verschiedene Ausprägungen politischer Kompetenz in der Bevölkerung ermittelt werden.⁴

Abbildung 1: Stimmenanteile für die verschiedenen Parteigruppen in Abhängigkeit von der politischen Kompetenz im Herbst 2003 (Gesamtdeutschland)



Wie sich Abbildung 1 entnehmen lässt, beeinflusst das Niveau politischer Kompetenz die parteipolitische Richtung der Wahlentscheidung durchaus. In der vorliegenden Stichprobe wächst der Stimmenanteil der sonstigen Parteien mit der politischen Kompetenz von rund sechs auf rund zehn Prozent an. Ähnlich steigt der Anteil für die rot-grüne Regierung von 41% bei minimaler politischer Kompetenz auf rund 44% bei einem mittleren Niveau politischer Kompetenz zu, wächst aber bei höherer Kompetenz nicht weiter an. Komplementär zu den Stimmengewinnen dieser beiden Parteigruppen verlieren CDU/CSU und FDP deutlich und beinahe linear an Stimmen von 53% auf 46%, wenn man sukzessive von minima-

⁴ Die Werte wurden anhand der Regressionsgleichungen in Tabelle 8 ermittelt, wobei die Verteilung der unabhängigen Variablen der vorliegenden Stichprobe entnommen wurde und die Werte für die politische Kompetenz systematisch vom Minimum bis zum Maximum variiert wurden; aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Variablen in untransformierter Form verwendet. Noch deutlichere Effekte der politischen Kompetenz ergeben sich, wenn man den reinen Kompetenzeffekt mißt, indem man die Ausprägungen der unabhängigen Variablen nicht der empirischen Stichprobe entnimmt, sondern auf das arithmetische Mittel setzt. Im Umkehrschluß ist daraus zu folgern, daß die Verteilung der unabhängigen Variablen den Kompetenzeffekt auf die parteipolitischen Kräfteverhältnisse abpuffert.

ler zu maximaler politischer Kompetenz übergeht.⁵ Zwar darf man den Befund, dass den bürgerlichen Oppositionsparteien aus einer hohen politischen Kompetenz der Wähler elektorale Nachteile erwachsen, nicht ohne weiteres verallgemeinern, da es sich dabei um ein situationsspezifisches Ergebnis handeln könnte, das mit dem Oppositionsstatus der Parteien oder der momentanen politischen Themenagenda zusammenhängen könnte. Gleichwohl kann man festhalten: Das Niveau politischer Kompetenz in der Bevölkerung beeinflusst nicht nur den Charakter der Wahlentscheidung, sondern auch deren parteipolitische Richtung.

5. Schluss

Der vorliegende Aufsatz ging der Frage nach, inwieweit die politische Kompetenz einen Einfluss auf das Entscheidungsverhalten von Wählern hat. Dazu wurden auf der Basis der vorliegenden Literatur Hypothesen zur Moderatorwirkung politischer Kompetenz entwickelt. In der empirischen Analyse konnte gezeigt werden, dass die politische Kompetenz der Wähler durchaus einen Einfluss darauf hat, welche Kriterien Wähler nutzen, um zu einem Votum für eine Partei zu gelangen; insbesondere scheinen politisch wenig kompetente Menschen besonderes Gewicht solchen Einstellungen beizumessen, die sich unmittelbar auf die zur Wahl stehenden Objekte und tagesaktuelle Themen beziehen. Sie treffen somit ausgesprochen kurzfristig orientierte und daher von aktuellen Ereignissen vergleichsweise leicht beeinflussbare Entscheidungen; mit der politischen Kompetenz wächst der Einfluss von Faktoren, die der kurzfristigen Einwirkung der politischen Elite stärker entzogen sind. Das Gewicht der Entscheidungskriterien variiert also mit der politischen Versiertheit der Wähler. Die unterschiedliche Gewichtung beeinflusst – das konnte in einem weiteren Schritt gezeigt werden – auch die Wahrscheinlichkeit, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden. Die politische Kompetenz beeinflusst somit den Charakter und die parteipolitische Richtung der Wahlentscheidung.

Die empirisch begründeten Zweifel an der Homogenitätsannahme in Bezug auf die Kriterien der Wahlentscheidung haben mehrere Implikationen. Offenkundig erschweren die Befunde Versuche von Politikern, nach einer Wahl einen eindeutigen inhaltlichen Wählerauftrag zu identifizieren: Nicht nur, dass mehrere Determinanten zur Erklärung des Stimmverhaltens herangezogen werden müssen, ihr Gewicht variiert auch zwischen den Wählern, so dass, wenn überhaupt, von mehreren Aufträgen gesprochen werden muss. Für die Zeit vor der Wahl bringen die Ergebnisse ebenfalls Komplikationen für parteipolitische Eliten mit sich. Denn nutzen verschiedene Wähler unterschiedliche Kriterien, erscheinen Wahlkampf Bemühungen, die undifferenziert an alle Wählerschichten die gleichen Botschaften aussenden, fragwürdig; eher lassen sie eine differenzierte Ansprache unterschiedlich kompetenter Teilpublika geraten erscheinen, womit nicht gesagt sein soll, dass diese Praxis nicht Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Parteien und Politikern heraufbeschwören könnte.

⁵ Der Richtung nach resultiert ein ähnliches Ergebnis, wenn man den positiven Zusammenhang politischer Kompetenz mit Offenheit für Erfahrung kombiniert mit der negativen Korrelation von Offenheit für Erfahrung mit der Präferenz für die Unionsparteien (siehe Schumann in diesem Band). Die empirische Evidenz ist folglich vereinbar mit der Vermutung, daß Big Five-Faktoren für die gefundenen Muster mitverantwortlich sein könnten.

Der vorliegende Beitrag hat empirische Evidenz für Moderatoreffekten politischer Kompetenz vorgelegt, hat aber beileibe nicht alle Fragen auf diesem Feld zu beantworten vermocht. Die künftige Forschung sollte sich daher um Replikationen bemühen, um die Moderatorwirkung politischer Kompetenz in Deutschland empirisch besser abzusichern. Zugleich verdienen einige Implikationen der vorgestellten Argumente weitere Untersuchungen. Nicht zuletzt sollte man der Rolle der politischen Auseinandersetzung auf der Eliteebene nachgehen (siehe etwa Zaller 1992). Denn nach dem Gesagten erscheint es plausibel, dass die politische Elite nicht nur Einfluss darauf nehmen kann, welche Themen überhaupt die Wahlentscheidung beeinflussen (siehe Schoen 2004), sondern auch darauf, welche Kriterien von der kognitiven Elite genutzt werden. In jedem Fall unterstreicht die Analyse, wie lohnenswert es ist, die Bedeutung politischer Kompetenz für politische Einstellungen und Verhaltensweisen genauer zu untersuchen.

Literatur

- Bartle, John, 2000: Political Awareness, Opinion Constraint and the Stability of Ideological Positions, in: *Political Studies* 48, 467-484.
- Brettschneider, Frank, 2000: Reality Bytes: Wie die Medienberichterstattung die Wahrnehmung der Wirtschaftslage beeinflusst, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske und Budrich, 539-569.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E., 1954: *The Voter Decides*, Evanston: Row, Peterson.
- Campbell, Angus und Miller, Warren E., 1957: The Motivational Basis of Straight and Split Ticket Voting, in: *American Political Science Review* 51, 293-312.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.
- Chaiken, Shelly und Trope, Yaacov (Hrsg.), 1999: *Dual-Process Theories in Social Psychology*. New York, London: Guilford Press.
- Converse, Philip E., 1962: Information Flow and the Stability of Partisan Attitudes, in: *Public Opinion Quarterly* 26, 578-599.
- Converse, Philip E., 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter, David E. (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York: Free Press, 206-261.
- Cox, Gary W., 1997: *Making Votes Count*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Cutler, Fred, 2002: The Simplest Shortcut of All: Sociodemographic Characteristics and Electoral Choice, in: *Journal of Politics* 64, 466-490.
- Dalton, Russell J., 1984: Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *Journal of Politics* 46, 264-284.
- Dalton, Russell J., 2000: The Decline of Party Identifications, in: Dalton, Russell J./Wattenberg, Martin P. (Hrsg.), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford: Oxford University Press, 19-36.
- Fiorina, Morris P., 1981: *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Gomez, Brad T. und Wilson, J. Matthew, 2001: Political Sophistication and Economic Voting in the American Electorate: A Theory of Heterogeneous Attribution, in: *American Journal of Political Science* 45, 899-914.
- Goren, Paul, 1997: Political Expertise and Issue Voting in Presidential Elections, in: *Political Research Quarterly* 50, 387-412.
- Jaccard, James, 2001: *Interaction Effects in Logistic Regression*. Thousand Oaks u.a.: Sage.

- Jacoby, William G., 1988: The Sources of Liberal-Conservative Thinking: Education and Conceptualization, in: *Political Behavior* 10, 316-332.
- Jacoby, William G., 1991: Ideological Identification and Issue Attitudes, in: *American Journal of Political Science* 35, 178-205.
- Jacoby, William G., 2004: Ideology in the 2000 Election: A Study in Ambivalence, in: Weisberg, Herbert F./Wilcox, Clyde (Hrsg.), *Models of Voting in Presidential Elections*. Stanford: Stanford University Press, 103-119.
- Jagodzinski, Wolfgang und Kühnel, Steffen M., 1997: Werte, Ideologien und Wahlverhalten, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich, 449-471.
- Kuklinski, James H. und Quirk, Paul J., 2002: Conceptual Foundations of Citizen Competence, in: *Political Behavior* 23, 285-311.
- Kuklinski, James H./Metlay, Daniel S./Kay, W.D., 1982: Citizen Knowledge and Choices on the complex Issue of Nuclear Energy, in: *American Journal of Political Science* 26, 615-642.
- Lang, Frieder R. und Lüdtke, Oliver, 2004: Der Big Five-Ansatz der Persönlichkeitsforschung: Instrumente und Vorgehen, in: Schumann, Siegfried (Hrsg.), *Persönlichkeit – eine vergessene Einflussgröße der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luskin, Robert C., 1987: Measuring Political Sophistication, in: *American Journal of Political Science* 31, 856-899.
- Luskin, Robert C., 2002: From Denial to Extenuation (and Finally Beyond): Political Sophistication and Citizen Performance, in: Kuklinski, James H. (Hrsg.), *Thinking About Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press, 281-305.
- McDonald, Stuart Elaine/Rabinowitz, George/Listhaug, Ola, 1995: Political Sophistication and Models of Issue Voting, in: *British Journal of Political Science* 25, 453-483.
- Mondak, Jeffery J., 1999: Reconsidering the Measurement of Political Knowledge, in: *Political Analysis* 8, 57-82.
- Pattie, Charles J. und Johnston, Ron J., 2001: Routes to Party Choice: Ideology, Economic Evaluations and Voting at the 1997 British General Election, in: *European Journal of Political Research* 39, 373-389.
- Rivers, Douglas, 1988: Heterogeneity in Models of Electoral Choice, in: *American Journal of Political Science* 32, 737-757.
- Roller, Edeltraud, 1998: Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlscheidung: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 173-219.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 2000: *Politische Kommunikation und Wählerverhalten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schoen, Harald, 2000: Appelle zu taktischem Wahlverhalten – effektive Werbung oder verfehlte Wahlkampfretorik?, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen der Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske und Budrich, 641-673.
- Schoen, Harald, 2004 (i.E.): Der Kanzler, zwei Sommerthemen und ein Foto-Finish, in: Brettschneider, Frank/Roller, Edeltraud/van Deth, Jan (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Opladen: Leske und Budrich.
- Sniderman, Paul M./Brody, Richard A./Kuklinski, James H., 1984: Policy Reasoning and Political Values: The Problem of Racial Equality, in: *American Journal of Political Science* 28, 75-94.
- Sniderman, Paul M./Brody, Richard A./Tetlock, Philip E., 1991: *Reasoning and Choice. Explorations in Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stimson, James A., 1975: Belief Systems: Constraint, Complexity, and the 1972 Election, in: *American Journal of Political Science* 19, 393-417.

Zaller, John R., 1992: *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.

Frageformulierungen und Codierungen

Politisches Wissen

„Welche Stimme entscheidet bei einer Bundestagswahl über die Stärke der Parteien im Bundestag?“
0: Erststimme; beide Stimmen gleich großes Gewicht; Ich weiß es nicht.

„Wissen Sie, wie viele Bundesländer die Bundesrepublik heute insgesamt hat, alte und neue Bundesländer zusammengerechnet?“ 1: 16; 0: andere Zahlen; Ich weiß es nicht.

„Bitte sagen Sie jeweils, welcher Partei die folgenden Politiker angehören.“ Gerhard Schröder (1: SPD; 0: andere Angaben); Joschka Fischer, Jürgen Trittin (1: B90/Grüne; 0: andere Angaben); Angela Merkel (1: CDU; 0: andere Angaben); Edmund Stoiber (1: CSU; 0: andere Angaben); Guido Westerwelle (1: FDP; 0: andere Angaben); Gregor Gysi (1: PDS; 0: andere Angaben); Franz Schönhuber (1: keiner Partei; 0: andere Angaben); Gerhard Frey (1: DVU; 0: andere Angaben)

Der Wissensindex wurde gebildet, indem die Werte für die einzelnen Variablen aufaddiert wurden.

Wahlabsicht

„Für die nächsten Fragen stellen Sie sich bitte vor, kommenden Sonntag fänden Bundestagswahlen statt. Wenn Sie zur Wahl gehen würden, welcher Partei würden Sie dann Ihre Stimme geben?“

1: SPD, Grüne; 2: CDU/CSU, FDP; 3: andere Partei

Parteidentifikation

„Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“

Identifikation mit SPD oder B90/Grünen: 1: SPD, B90/Grüne; 0: andere, keine Partei.

Identifikation mit CDU/CSU oder FDP: 1: CDU/CSU, FDP; 0: andere, keine Partei.

Links-Rechts-Selbsteinstufung

„In der Politik reden die Leute häufig von „Links“ und „Rechts“. Wo würden Sie die Parteien auf dieser Skala zwischen ganz links und ganz rechts einordnen? Und wo würden Sie sich selbst einordnen?“ 1: ganz links; 11: ganz rechts.

Kandidatenorientierungen

„Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, wie sympathisch oder unsympathisch Ihnen folgende Politiker sind. Nennen Sie dazu einen Wert zwischen -5 (sehr unsympathisch) und +5 (sehr sympathisch).“: Gerhard Schröder und Angela Merkel. Der Wert für Angela Merkel vom Wert für Gerhard Schröder subtrahiert.

Kompetenzzuweisungen

„Was ist das wichtigste Problem, das es heute in der Bundesrepublik zu lösen gilt? Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“

Kompetenz SPD-B90/Grüne: 1: SPD, B90/Grüne; 0: andere Partei, keine Partei, alle Parteien.

Kompetenz CDU/CSU-FDP: 1: CDU/CSU, FDP; 0: andere Partei, keine Partei, alle Parteien.

Positionssachfragen

„Ich nenne nun immer zwei Positionen zu politischen Streitfragen. Bitte nennen Sie jeweils den Buchstaben, der Ihrer Haltung zwischen beiden Positionen entspricht.“

Ausländerzugang: „Die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer sollten in Zukunft (0) erleichtert werden (6) eingeschränkt werden.“

Wirtschaftspolitik: „Im Moment ist es wichtiger, (0) die Arbeitslosen finanziell zu unterstützen. (6) die Wirtschaft zu fördern.

Kernkraft: (0): „Die Kernenergie sollte weiter ausgebaut werden.“ (6): „Alle Kernkraftwerke sollten sofort abgeschaltet werden.“

Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in den alten / neuen Bundesländern? 0: sehr schlecht – 4: sehr gut.

Wie beurteilen Sie zur Zeit Ihre eigene wirtschaftliche Lage? 0: sehr schlecht – 4: sehr gut.